

## Kleine Anfrage 971

des Abgeordneten Péter Vida  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### Planungen für den Ausbau der Windkraft - IV

Aus der Bevölkerung erreichen uns nach wie vor zahlreiche Fragen zu den Ausbauplänen der Windenergie. Die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 312 (Antwort: Drucksache 6/958) und 412 (Antwort: Drucksache 6/1144) haben teilweise zu neuen Fragen geführt. Zudem war in den letzten Wochen aus der Regierungskoalition ein wachsender Zweifel an der Akzeptanz der Windenergie in Brandenburg und den entsprechenden Ausbauplänen zu vernehmen.

Aus der Regierungskoalition heraus wurde angekündigt, die Ziele der Energiestrategie 2030 zu „überdenken“. Auch von Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke war harsche Kritik am EEG und dessen Folgen zu vernehmen. Insbesondere der Mangel an Speicherkapazitäten und die mangelnde Versorgungssicherheit wurde öffentlich angesprochen (siehe „Woidke distanziert sich von Energiewende-Gesetz“, HWK Frankfurt (Oder) – Region Ostbrandenburg, Ausgabe 07/15, Seite 26). Dieses offensichtliche Versäumnis der Planung der Energiestrategie 2030 war bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage 412 (Antwort: Drucksache 6/1144) vom April 2015 zu Tage getreten. Viele der dort gestellten Fragen wurden jedoch nicht konkret beantwortet.

### Ich frage daher die Landesregierung:

1. Bei der Antwort auf Frage 14 der Kleine Anfrage 412 (Antwort: Drucksache 6/1144) blieb offen, wie sich die Reserve für die volatile Einspeisung der Wind- und Solarenergie zusammensetzt. Welche „konventionellen Kraftwerkskapazitäten“ sollen laut Energiestrategie 2030 im Jahr 2030 als Reserve für die volatilen Einspeisung der Wind- und Solarenergie dienen? Bitte nach Energieträgern und jeweiliger geplanter Nennleistung aufschlüsseln (Braunkohle, Steinkohle, Erdgas, Erdöl).
2. Welche Gründe bestehen nach Ansicht der Landesregierung für die Überprüfung der Planungsziele der Energiestrategie 2030?
3. Ist die „vorfristige“ Erfüllung des Hauptziels der Energiestrategie, ca. 100 % (93,6 % im Jahr 2013) des Energieverbrauches durch Erneuerbare Energien abzudecken, ein Grund, die der Windkraft zur Verfügung stehenden Flächen noch einmal zu evaluieren?
4. Ist die Landesregierung bereit, sich auf Bundesebene für eine Herausnahme der Privilegierung der Windenergie aus § 35 BauGB einzusetzen?

Datum des Eingangs: 04.08.2015 / Ausgegeben: 06.08.2015